

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

schneller als von den meisten Beobachtern erwartet, rief Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in der vorvergangenen Woche die zweite Eskalationsstufe des deutschen „Notfallplans Gas“ aus. Diese Eskalationsstufe ist auszurufen, wenn entweder eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas vorliegt oder bereits eine Störung der Gasversorgung eingetreten ist, die zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage führen dürften. Aktuell ist bei der zweiten Eskalationsstufe die Gasverschönerung an sich aber noch nicht akut gefährdet. Sollten nicht noch weitere negative Einflüsse hinzukommen, müssten die Marktkräfte in der Lage sein, die erhöhte Nachfrage zu decken und/oder Versorgungsstörungen zu beseitigen.

Habeck begründete den von ihm ausgerufenen „Voralarm“ insbesondere mit der von Russland vorgenommenen Drosselung des durch die Ostsee-Pipeline „North Stream 1“ nach Deutschland fließenden Gasstroms. Russland und dessen Präsident Wladimir Putin wollen, so Habeck sinngemäß, damit Unsicherheit schüren, die Gaspreise weiter nach oben treiben und unter den westlichen Staaten Zwietracht säen. Es habe nun noch mehr als bisher oberste Priorität, die Gasspeicher möglichst zügig zu füllen, um für den kommenden Winter vorbereitet zu sein. Dafür müsste der aktuelle Gasverbrauch zurückgefahren werden, denn nur Gas, das aktuell nicht verbrannt bzw. verarbeitet wird, kann noch für den Winter aufgespart werden.

Daß durch „North Stream 1“ aktuell nur noch etwa 40 % der möglichen Gasmenge fließen, hat nach russischer Version allerdings ganz andere Gründe. Wie jede andere Pipeline muß auch diese Leitung von Zeit zu Zeit gewartet werden, wozu auch die Durchführung kleinerer Reparaturen zählt. Während dieser Zeit ist die Durchflußmenge technisch bedingt meistens geringer. Für die Wartungs- und Reparaturarbeiten werden aber auch Ersatzteile benötigt, die im Falle von „North Stream 1“ vom in Deutschland ansässigen Hersteller Siemens kommen. Siemens darf aber einen großen Teil dieser Ersatzteile nicht nach Russland liefern. Um mögliche Schäden an der Leitungstechnik zu verhindern, so die russische Version, kann diese aktuell nur noch mit sogenannter „halber Kraft“ betrieben werden.

Welche Seite in diesem Streit tatsächlich Recht hat, kann und mag dahingestellt bleiben. Wie so oft im Leben könnte man vielleicht auch hier die Wahrheit irgendwo „in der Mitte“ treffen. Ungeachtet dessen fällt in diesem Zusammenhang aber auch ein Licht auf Wirtschaftsminister Robert Habeck, das zum Nachdenken veranlaßt. Denn warum, so die sinngemäße Frage vieler besorgter Bürger, wehrt sich Habeck so vehement gegen eine Laufzeitverlängerung der letzten drei noch betriebenen Kernkraftwerke über das Jahresende 2022 hinaus? Die wahrscheinlichste Antwort auf diese Frage ist einfach und erschreckend zugleich.

Es ist nicht nur Habecks Ideologie, die ihn beim Thema „Kernkraft“ zaudern läßt. Es ist ihm vielmehr auch vollkommen klar, daß der „Kampf gegen die Kernkraft“ die Grünen nicht nur groß gemacht hat, sondern nach wie vor eines ihrer wesentlichen Lebenselixiere ist. Würde Habeck als Minister in der Kernkraftfrage nachgeben, so die ihn offenbar stark umtreibende Sorge, könnte dies die Grünen das langfristige politische Überleben kosten. Um dies zu verhindern, sind Habeck und seine politischen Freunde bereit, vieles hinzunehmen. Wozu auch eine Wiederinbetriebnahme längst abgeschalteter und von den Grünen bisher heftig bekämpfter Kohlekraftwerke zählt.

Natürlich würde eine Kernkraft-Laufzeitverlängerung die vor unserem Land liegenden Energieprobleme nicht beseitigen. Doch sie wäre ein nicht unwichtiges und vergleichsweise leicht zu realisierendes Teilstück, mit dem Deutschland vor dem durchaus drohenden – aber nicht mit völliger Sicherheit eintretenden – Energiekollaps bewahrt werden könnte. Doch es geht, wie gesagt, um das politische Überleben der Grünen. Habeck (und seine Parteifreunde) zeigen dabei mit erschreckender Deutlichkeit, was ihnen mehr am Herzen liegt: Das politische Überleben ihrer Partei steht für sie vor dem Bewahren unseres Landes vor schweren volkswirtschaftlichen Schäden, die auch persönliches Leid (z.B. in Form von Arbeitslosigkeit) mit sich bringen dürften.

Habeck wirft Russland – und das durchaus zu Recht – vor, mit der „Gaswaffe“ zu arbeiten. Doch er selbst ist auch nicht viel besser, stellt er doch ganz offenkundig die Interessen seiner Partei weit über die unseres Landes! (tb)

2 **Polizei verbannt Tesla-Fahrzeuge von ihren Höfen**

Weil Tesla-Fahrzeuge mit einem angeblich permanent arbeitenden Kamera-Überwachungssystem ausgestattet sind, hat die Berliner Polizei sie nun von ihren Parkplätzen und Höfen verbannt. Man könne nicht ausschließen, daß innen und außen an den Fahrzeugen angebrachte Kameras Insassen und Umwelt filmen, wobei die Daten an in den Niederlanden installierte Server weitergeleitet werden sollen, wo sie von den meisten Geheimdiensten problemlos abgerufen werden könnten. Im Gegensatz zu in manchen Fahrzeugen installierten Unfallschreibern – wo die Daten im Regelfall alle paar Sekunden überschrieben und nur nach einem Unfall gespeichert werden – soll das Tesla-System permanent Daten sammeln und an den Server übertragen, was auch Datenschützer als „bedenklich“ einstufen. (tb)

3 Neuordnung der Handelsströme mit Russland als „Gewinner“

Indien hat in den letzten Wochen seine Ölimporte aus Russland extrem ausgeweitet. Diese Umstellung zeigt deutlich, in welchem hohem Tempo sich aktuell Umbrüche in den teilweise seit Jahrzehnten bestehenden Welt-handelsbeziehungen ergeben. Dabei zählen russische Unternehmen nicht unbedingt zu den Verlierern, wie sich im Erdölbereich schon jetzt abzeichnet. Indien ist hier für die teilweise weggebrochenen Ölexporte nach Europa nämlich zu einem hervorragenden Ersatzabnehmer geworden. Im Mai erhielten die indischen Raffinerien etwa dreimal so viel russisches Erdöl wie noch im April. Russland ist damit zu Indiens zweitgrößtem Öllieferanten geworden – hinter dem Irak und noch vor Saudi-Arabien. Von dem Handel profitieren derzeit beide Seiten. Denn wegen großzügiger Rabatte ist russisches Öl trotz der höheren Frachtkosten für die indischen Raffinerien preiswerter als z.B. saudisches Öl. Daß die russischen Öleinnahmen nach wie vor sprudeln, läßt sich nach verbreiteter Expertenansicht auch aus dem Rubelkurs ablesen, der nach einem vorübergehenden Einbruch inzwischen wieder zu alter Stärke gefunden hat.

Und neben den indischen Raffinerien stehen auch in China weitere Abnehmer für russisches Öl bereit. Moskau hat deshalb die Chance, für rund 30 % der Weltbevölkerung zu einem wichtigen Öllieferanten zu werden. Für den US-Dollar bedeutet dies nichts Gutes. Denn dessen bisherige Rolle als wichtigste Weltreservewährung beruhte nicht zuletzt auf der Tatsache, daß u.a. Saudi-Arabien sein Öl nur gegen US-Dollar verkaufte, was den Greenback zu einer weltweit stets begehrten Währung machte. Die Sanktionen des Westens drohen nun diesen letzten „Vorteil“ des Dollar zunichte zu machen. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die russischen Öleinnahmen bisher eher gestiegen sind (wegen des insgesamt gestiegenen Ölpreises) und die Energiekosten für Indien und China wegen der von Russland eingeräumten Rabatte eher sinken, während sie für den Rest der Welt dramatisch steigen. Indische und chinesische Produktionsstandorte werden für die USA und Westeuropa damit zu einer noch stärkeren Konkurrenz als bisher.

Innerhalb nur weniger Wochen hat sich somit eine umfassende globale Neuordnung mancher Handelsströme vollzogen mit einer immer deutlicheren Spaltung in Ost und West. Dabei spielen Rohstoffe wie Öl und Gas eine ebenso entscheidende Rolle wie demnächst gewiß auch Getreide, Düngemittel oder Edalgase, deren Export Moskau kürzlich ebenfalls stark eingeschränkt hat, um die „unterbrochenen Ketten neu zu ordnen und neue Ketten aufzubauen“. Europa und insbesondere Deutschland wird damit eher zu den Verlierern zählen. Die dabei entstehenden Kosten muß kein anderer als die privaten Verbraucher tragen, also wir alle. (tb)

4 Europäisches Erdgas wird wieder „interessant“

Während sich die Antwort der Europäischen Kommission zur Verringerung der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen weitgehend auf Empfehlungen zur Energieeinsparung, der verstärkten Nutzung „erneuerbarer“ Energien und allgemeine Hinweise zur „Diversifizierung“ des jeweiligen Energiemixes beschränkt, hat man sich auf mancher nationaler Ebene längst für eine wieder stärkere Nutzung einheimischer fossiler Energiequellen oder die Wiederaufnahme entsprechender Explorationsvorhaben entschieden. Neben einer verstärkten Kohleverfeuerung steht dabei die Gasförderung ganz oben auf der Prioritätenliste.

Wieder vorangetrieben wird z.B. ein deutsch-niederländisches Gemeinschaftsprojekt zur Gasförderung in der Nordsee, das nach einer Absage durch die ebenfalls involvierte niedersächsische Landesregierung für geraume Zeit auf Eis lag. Nun könnten die ersten Bohrungen im Jahr 2024 erfolgen. Auch in Italien erwägt man die verstärkte Förderung eigener Gasreserven, die bisher aus Umweltschutzwägungen heraus nicht gestattet war. Sogar der dortige Umweltminister Roberto Cingolani sprach sich bereits für eine Überprüfung der seit Jahren ausgesetzten Bohraktivitäten aus und nannte es „einen Fehler“, den 20%-Anteil inländischen Gases im Jahr 2000 auf nur noch drei bis vier Prozent im Jahr 2020 zurückgefahren zu haben.

Rumänien ist bereits der größte Ölproduzent unter den EU-Mitgliedsstaaten (also ohne Norwegen und Großbritannien). Für die Förderung ebenfalls erheblicher Gasvorräte fehlte es bisher aber an den erforderlichen Genehmigungen. Jetzt stimmte die Regierung entsprechenden Gesetzesänderungen zu. Und als nach Russland bisher zweitwichtigster Gaslieferant der EU genehmigte jetzt auch Norwegen eine deutliche Ausweitung der Fördermengen, was seitens der linken Opposition heftige Kritik hervorrief.

Noch nichts getan hat sich bisher in Bulgarien und Frankreich, die beide über erhebliche Schiefergasvorkommen verfügen. Doch die meisten denkbaren Explorationsvorhaben sind dort durch strenge Gesetze verboten und eine Änderung ist nicht in Sichtweite. (tb)

5 Wahl in Frankreich bescherte dem „Macronismus“ den Todesstoß

Frankreichs Wähler verwandelten ihren Präsidenten Emmanuel Macron mit dem letzten Urnengang für das Parlament vom „hyperdynamischen Wunderkind der europäischen Politik“ zur „lahmen Ente“. Nur sechs Wochen nach seiner Wiederwahl als Präsident verpassten sie ihm damit eine geradezu schallende Ohrfeige. Viele Franzosen zogen es dabei vor, gar nicht erst zur Wahl zu gehen und von den anderen gaben etliche ihre Stimme den eher an den politischen Rändern angesiedelten Parteien. Für Frankreichs Innenpolitik hat damit sinngemäß die Stunde null geschlagen. Erstmals seit den 1980er Jahren muß ein Präsident wieder mit einer nur relativen Mehrheit in der Nationalversammlung regieren. Die deshalb erforderliche Partnersuche wird sich schwierig gestalten, weil man nach Jahrzehnten absoluter Mehrheiten in der französischen Politik nicht mehr daran gewöhnt ist und/oder man für den Fall eines Bündnisses die Gefahr sieht, in der politischen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.

Ausgerechnet der für seine Ungeduld und seinen Machtwillen berüchtigte Macron muß sich nun in der oft zähen Kunst der Kompromißfindung behaupten. Inmitten von Wirtschaftskrise, Kriegsgefahr und womöglich einer neuen Pandemiewelle wird er um zeitweilige Koalitionen ringen müssen, um zumindest die vordringlichen Projekte seiner erst neuen Amtsperiode voranzubringen. Es geht dabei insbesondere um ein höheres Renteneintrittsalter, das die demographische Entwicklung auch in Frankreich sehr nahelegt und gegen das sich die verschiedensten politischen Kräfte von rechts bis links mit heftiger Gewerkschaftsunterstützung bereits aufstellen.

Diese Neuaufstellung der französischen Politik wird sich auch für Europa bemerkbar machen. Macrons Kräfte werden mehr denn je in Frankreich gebraucht, so daß für den von ihm letztlich angestrebten „Umbau“ Europas (bis hin zur Schuldenunion) einsteilen nur wenig Energie verbleiben dürfte. Manche Beobachter bezeichnen dies nicht unbedingt als „Nachteil“. (tb)

6 Die größten Goldminen

In Dutzenden Ländern schürfen große Bergbauunternehmen unablässig nach Gold, es ist nach wie vor ein großes und globales Geschäft. Die zehn weltweit größten Goldminen (auf die im letzten Jahr 12 % der weltweiten Goldproduktion entfielen) sind über den ganzen Globus verstreut. Man muß, dies sei vorweggesagt, bei Goldminen und deren Betreibern stets zwischen der Jahresproduktion und den noch in der Erde vermuteten Reserven unterscheiden. Es sind vor allem die Reserven, die über den Wert der Unternehmen entscheiden.

Gemessen an der Jahresproduktion lag im vergangenen Jahr der aus sechs Minen bestehende Bergbaukonzern Nevada Gold Mines ganz vorne. Dieses Gemeinschaftsunternehmen von Barrick Gold und Newmont Corporation produzierte mehr als 3,3 Millionen Unzen Gold, wobei eine Unze etwas mehr als 31 Gramm entspricht. Gleich danach rangierte mit knapp 3 Millionen Unzen das staatliche usbekische Bergwerk Muruntau, einer der tiefsten Tagebaubetriebe der Welt. Auf mehr als 1 Million Unzen kamen in dem Jahr nur noch zwei Betriebe, nämlich Grasberg (zugleich eine der weltweit größten Kupferminen) und Olimpiada. Olimpiada gehört zum russischen Goldminenriesen Polyrus, der zusammen mit Olimpiada über die derzeit weltweit größten Goldreserven von mehr als 125 Millionen Unzen verfügt. (tb)

7 Deutschland und die „Zinswende“

Wenngleich sie spät und auch nicht in einem Ausmaß kommt, wie es die im Euroraum herrschende Inflation (rund 8 % z.B. in Deutschland) eigentlich gebietet: Die Zinswende ist da, mit wieder steigenden Zinsen ist zu rechnen. Zuerst merkten dies die privaten Immobilienfinanzierer, wo sich bei neuen Krediten die von den Bauherren zu zahlenden Zinsen auf zwar noch immer niedrigem Niveau bereits verdoppelt haben. Als nächste werden dies die Finanzminister zu spüren bekommen, weil auch für die Refinanzierung fällig werdender Staatsanleihen mit wieder steigenden Zinsen gerechnet werden muß.

Dabei gilt: Je kurzfristiger ein Land seine Staatsschulden finanziert hat, umso eher muß es mit deutlich steigenden Zinsaufwendungen rechnen. Dies gilt, und darüber schweigen die offiziellen Stellen noch weitgehend, in besonderem Maße für die Bundesrepublik Deutschland, deren Staatsanleihen zu 58 % nur noch eine Restlaufzeit von bis zu fünf Jahren haben. Innerhalb der nächsten fünf Jahre müssen also 58 % der gegenwärtigen Schulden des Bundes neu finanziert werden. Und dies zu voraussichtlich weiter steigenden Zinsen. Die für dieses Jahr von den meisten Beobachtern mindestens erwarteten Zinserhöhungen durch die EZB von zweimal um jeweils 0,25 Prozentpunkte wird die Staatskasse – und damit die deutschen Steuerzahler – bereits im Jahr 2022 rund 2 Mrd. € zusätzlich kosten. Und selbst wenn es im kommenden Jahr zu keinen weiteren Zinserhöhungen kommen sollte (was nach der derzeitigen Lage der Dinge eher unwahrscheinlich ist), ergäben sich für 2023 weitere Mehrkosten von 2,3 Mrd. €.

Im Vergleich der einzelnen Euroländer ergeben sich gemessen an den allgemeinen Staatsausgaben damit für Deutschland die höchsten Mehrkosten. Es liegt mit einem Mehrkosten-Wert von 0,85 % noch vor Frankreich und Spanien (jeweils 0,76 %) sowie Italien (0,73 %). Auf kurze Sicht am wenigsten betroffen von der Zinsanhebung ist im Übrigen Estland, dessen Staatsschulden nur zu 32 % mit nur noch kurzlaufenden Anleihen (bis fünf Jahre) finanziert sind. Für die übrigen Euroländer sind – und das kann durchaus bezeichnend sein – zur Finanzierungsstruktur keine ausreichenden Daten verfügbar. (tb)

8 „PoH“: Politik ohne Haftung

Es ist merkwürdig: Ein nur mutmaßlich und wenn, dann wohl nur marginal vom Menschen verursachtes Phänomen wie die Erderwärmung wird Mitbürgern persönlich angelastet, die sich erdreisten, statt mit dem Lastenrad mit dem Auto zu fahren und dieses auch noch mit fossilen Treibstoffen zu betanken. Doch Krisen, Kriege und andere Katastrophen, die nachweislich von Staaten, Regierungen und/oder internationalen Organisationen zu verantworten wären, werden wie Naturereignisse hingenommen, für die niemand zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Ohne die russische Entscheidung für einen Krieg mit der Ukraine auch nur ansatzweise rechtfertigen zu wollen, bleibt doch festzustellen, daß kein geringerer als US-Präsident Joe Biden noch wenige Wochen vorher signalisierte, daß man seitens der NATO nichts gegen eine begrenzte russische Intervention unternehmen werde. Und da schon die Annexion der Krim und der im Donbass inszenierte Aufstand hingenommen wurden, durfte Wladimir Putin sich einigermaßen sicher sein, daß auch diesmal nichts geschehen werde. Putin wird wohl kaum vor ein Gericht gestellt werden und dies ist durchaus zu bedauern. Doch auch Politiker wie Biden, Merkel, Macron oder auch Scholz – denen man über weite Strecken Ignoranz bis hin zur heimlichen Komplizenschaft vorwerfen könnte – werden sich niemals rechtfertigen müssen.

Ein anderes Beispiel ist die Inflation, für die nun immer öfter und mit teilweise verwegenen Begründungen Corona oder der Ukrainekrieg als Ursache herangezogen werden. Doch bei einer an die Wirtschaftsleistung angepassten Geldmenge würden bei Preissteigerungen für einige Produkte die Preise anderer Produkte entsprechend sinken, weil dort die Nachfrage mangels Geldes abnimmt. Dieser – sicherlich nicht immer in Reinform zu beobachtende – Marktmechanismus wurde von den Zentralbanken mit ihrer „Gelddruckpolitik“ der letzten Jahre aber bewußt außer Kraft gesetzt. Und noch schlimmer: Die seit geraumer Zeit (auch von den „Vertraulichen“) immer wieder geäußerten Inflationswarnungen wurden von vielen Verantwortlichen als „hysterisch“ abgetan. Es sind vor allem EZB-Präsidenten wie der „Ehemalige“ Mario Draghi oder die heutige „Madame Inflation“ Christine Lagarde, die hier zumindest moralisch zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Ganz zu schweigen von den zahlreichen „Weißwäschern“ aus Politik und Medien, die die Politik des billigen und massenhaften Geldes gerne als geboten und „alternativlos“ darstellten.

Für die Beziehungen zwischen den Menschen gilt der in den meisten Rechtssystemen fest verankerte Grundsatz, daß jeder für die Folgen seiner Taten nach Maßgabe der Gesetze einzustehen hat. Doch für Fehlentscheidungen, die „im Namen des Staates“ getroffen werden, gilt dies nicht. Hier haftet niemand, und schon gar kein Politiker oder Präsident einer großen, multinationalen Organisation. (tb)

9 „Solidarität“ als zweischneidiges Schwert

In Berlin blockieren sogenannte „Aktivisten“ immer wieder eine wichtige Hauptverkehrsstraße, indem sie sich mit den Handflächen an den Asphalt kleben. Statt dieses ohne Zweifel strafbare Handeln zu verurteilen oder wenigstens dazu zu schweigen, gesellt sich die grüne Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Kreuzberg, Clara Herrmann, immer wieder zu den Tätern und gab in einem Video sogar bekannt, daß sie auf diese Weise ihre „Solidarität“ bekunden wolle. Es ist eine Solidarität mit Tätern und ihren Taten, die nicht nur hohe volkswirtschaftliche Schäden auslösen, sondern auch eine Unfallgefahr heraufbeschwören (z.B. durch Auffahrunfälle an den Rückstaus), durch die Leib und Leben etlicher Menschen gefährdet werden.

Daß mit Frau Herrmann ein Repräsentant dieses Staates, ein Amtsinhaber eklatanten Rechtsbruch gutheißt, ist zusätzlich besorgniserregend. Denn gebrochen werden dabei gesetzliche Regeln, die auf einem mehrheitlichen gesellschaftlichen Willen basieren. Die Gesetze bilden im Idealfall nämlich ab, wie die Mehrheit zu leben wünscht. Natürlich können sich diese Wünsche ändern. Aber auch dann darf nicht einfach gegen die einst gutgeheißenen Regeln verstoßen werden, sondern die Gesetze sind unter Beachtung der demokratischen Regeln neu zu formulieren. Daß dies grundsätzlich geht, sieht man u.a. an den Frauenrechten oder der Homo-Ehe.

In öffentliche Ämter gewählte Personen, auch das gilt es zu bedenken, sind ab dem Zeitpunkt ihrer Wahl streng genommen auch keine Privatpersonen mehr, denen es freisteht, die Interessen Einzelner zu vertreten. Sie sind vielmehr vollumfänglich dem geltenden Recht verpflichtet. Das gilt für alle Politiker, gleich welcher Couleur. Wenn sich ein Amtsträger mit offenkundigen Rechtsbrechern solidarisiert, entsolidarisiert er sich gleichzeitig mit dem großen Rest der Gesellschaft, der die jeweiligen Rechtsbrüche ablehnt.

Die „großen“ Medien haben Herrmanns Treiben bisher entweder nicht zur Kenntnis genommen oder sie berichteten mehrheitlich positiv darüber. Ob dies wohl auch so wäre, ginge es um einen vielleicht bayerischen Bürgermeister, der sich mit einem Standesbeamten solidarisiert, welcher sich aus seiner religiösen Überzeugung heraus weigert, zwei Männer zu trauen? Es fällt nicht schwer, sich den Medienaufschrei vorzustellen, der in diesem noch nicht vorgekommenen Fall zu erwarten wäre . . .! (tb)

10 „Selfies im Raumanzug“

Ein kleines deutsch-spanisches Unternehmen namens „Plus Ultra“ mit Sitz in Madrid hegt derzeit den Plan, mit Hilfe von zunächst acht Satelliten ein jederzeit verfügbares und erreichbares Internet-Netz über die Vorder- und Rückseite des Mondes zu legen. Spätestens im Jahr 2028 sollen die ersten Flugkörper den Mond in etwa 1000 Kilometer Höhe umkreisen und den Betrieb aufnehmen und dabei neben der Internet-Versorgung auch eine Art Satellitennavigation ermöglichen.

Die privaten Investoren und Betreiber (über die Investitionssumme schweigt man beharrlich) hoffen auf ein lukratives Geschäft, weil nach dem derzeitigen und oft geheimen Planungsstand in den nächsten zehn Jahren mit bis zu 140 Mondmissionen gerechnet werden muß, für die sowohl eine ständige Internetverbindung zur Erde als auch eine präzise Navigation von größtem Nutzen wären. Neben der Unterstützung rein wissenschaftlich oder ökonomisch motivierter Missionen hat man bei „Plus Ultra“ auch künftige „Mondtouristen“ im Visier, die ihre „Selfies im Raumanzug“ gewiß gerne und gegen gutes Geld sofort zur Erde senden würden. (tb)

11 „Ruhe und Stabilität“ im Geldanlagebereich

Welche Eigenschaften sind gerade in der heutigen Zeit für eine Vermögensanlage unverzichtbar? Auf diese sehr berechtigte Frage werden die meisten Anleger wohl mit „Sicherheit, Berechenbarkeit, Nachvollziehbarkeit, Stabilität und Aussicht auf eine solide Rendite“ antworten. Im Bereich Wohnimmobilien kann dies am besten realisiert werden mit einem versierten Netzwerk aus Immobilienspezialisten, die mit einer preiswerten Beschaffung („Im Einkauf liegt der spätere Gewinn“) und einer hohen Vermietungsstand garantierenden, mietorientierten Verwaltung die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg legen.

Uns gut bekannte Anlageberater empfehlen in diesem Zusammenhang aktuell einen Wohnimmobilienfonds, für den bereits Immobilien für mehr als 40 Mio. € erworben wurden. Der Quadratmeterkaufpreis liegt einschließlich Instandhaltungsaufwendungen bei lediglich 2000 € und muß angesichts der derzeitigen Marktlage als äußerst günstig beurteilt werden. Für den Fonds sprechen zudem die vergleichsweise kurze Planlaufzeit von rund acht Jahren, die Rückerstattung des Agios bei planmäßiger Fondsauflösung sowie das „Kunde-zuerst-Prinzip“, bei dem die Initiatoren am Fondsgewinn erst dann beteiligt werden, wenn die den Kunden in Aussicht gestellte Planrendite tatsächlich erwirtschaftet wurde. Es sind mithin die kundenfreundlichen Rahmenbedingungen, die gerade in der heutigen Zeit zur Vermögenssicherung beitragen und damit für eine gewisse Ruhe und Stabilität sorgen können. Bezahlbare Wohnimmobilien, bezahlbarer Wohnraum sind in Deutschland mehr denn je gefragt („Gewohnt wird immer!“) und die günstigsten Einkaufspreise der Fondsimmobilien eröffnen den Anlegern nach wie vor eine gute Gewinnchance.

Für interessierte Leserinnen und Leser stellen wir gerne einen unverbindlichen Kontakt zu den uns gut bekannten Anlageberatern her, die Sie nach Erfüllung der jetzt geltenden, gesetzlichen Auflagen ausführlich über diese Anlagemöglichkeit und die damit verbundenen Chancen und Risiken informieren werden. Bitte, richten Sie Ihren Kontaktwunsch an die Redaktion der Vertraulichen in D-78266 Büsingen (Tel.: 0 77 34/60 61, Fax: 0 77 34/71 12, E-Mail: verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de). (tb)

12 Für Sie aufgelesen:

„Warum heißt es Tsatsiki und nicht Greecebrei“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.